

Die Donauschwaben im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen/Jugoslawien 1918–1941

ZORAN JANJETOVIĆ

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (von 1929 bis 1991 Jugoslawien) wurde auf den Trümmern der ehemaligen Reiche der Osmanen und der Habsburger gegründet. Von diesen Imperien erbte das Königreich eine ethnisch, religiös und sprachlich vielfältige Bevölkerung. Unter seinen nationalen Minderheiten stellten die Deutschen mit etwa 500.000 Personen die größte Gruppe. Allerdings bildeten die Deutschen keine historische Einheit, da sie zu unterschiedlichen Zeiten in ihre Siedlungsgebiete eingewandert waren.

Die älteste deutsche Siedlungsgruppe lebte in der Untersteiermark und im Gottscheer Land (in der Krain, heute in Slowenien). Nach der letzten österreichischen Volkszählung von 1910 gab es dort 107.000 Deutsche. Laut den jugoslawischen Volkszählungen betrug ihre Zahl 1921 dagegen nur noch 41.314 und 1931 lediglich 27.786. Die Zahl der dortigen Deutschen ging durch Auswanderung nach Österreich und eine Deassimilierung der germanisierten Slowenen zurück. Deutsche und Slowenen in der Krain rangen seit Mitte des 19. Jahrhunderts miteinander um die Dominanz; als Sieger gingen nach 1918 die Slowenen aus dem Nationalitätenkampf hervor. Die Deutschen hatten dagegen ihre führende Stellung eingebüßt, nicht zuletzt durch den Abbau ihres überproportional großen Schulwesens und die Verdrängung der deutschen Sprache aus dem öffentlichen Leben. Die Deutschen verloren auch ihre Posten im Staatsdienst; nur noch in der Wirtschaft konnten sie ihre Stellung behalten.

Die neueste und zugleich kleinste deutsche Gruppe (1910 mit 22.968 und 1931 mit 14.979 Personen) lebte in Bosnien. Sie entstand nach der Okkupation von Bosnien-Herzegowina 1878 durch Österreich-Ungarn infolge der Einwanderung von Beamten und Arbeitern aus Österreich sowie von Bauern aus Süddeutschland. Die Kolonien der bäuerlichen Siedler lagen zerstreut und waren wirtschaftlich arm. Während Beamte und Arbeiter nach 1918 das Land zum Großteil wieder verließen, blieben die dörflichen Siedlungen bestehen.

Die Donauschwaben (bis zum Zweiten Weltkrieg nur Schwaben genannt) lebten in den 1920 von Ungarn an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen abzutretenden Gebieten: Laut der Volkszählung von 1931 betrug ihre Zahl in der Baranya 15.751, in der Batschka 173.058, im (West-)Banat 120.450, in Syrmien 49.345 und in Slawonien 80.519, wobei es in slawonischen Städten auch eine kleinere Anzahl von Personen gab, die sich als „Altösterreicher“ und nicht als Schwaben bezeichneten. Die Deutschen im ehemaligen Südungarn wurden nach der Befreiung Ungarns aus den Händen der Osmanen, im 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, als Kolonisten angesiedelt. Infolge der Landknappheit seit Mitte des 19. Jahrhunderts wanderten viele ihrer Nachkommen aus den Dörfern in der Batschka, dem Banat und Südtransdanubiens nach Syrmien und Slawonien aus. Allerdings blieben die Schwaben im Banat und in der Batschka wirtschaftlich stärker als ihre Verwandten in Syrmien und Slawonien. Während in Zentralungarn, der Batschka und im Banat die Schwaben häufig in geschlossenen Siedlungsgebieten und ethnisch homogenen Dörfern lebten, waren für die deutschen Siedlungen in Syrmien und besonders in Slawonien die Streusiedlung und in den meisten Fällen eine Minderheitenlage in den kroatischen Dörfern typisch. Dies, gekoppelt mit dem Mangel an eigenen Schulen und Kirchen, die sie mit den katholischen Kroaten teilten, beschleunigte ihre Assimilation.

Beherrschten im cisleithanischen Teil der Doppelmonarchie bis 1918 die Deutschen das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben, was mit Anpassung und Assimilierung der Slowenen besonders in den Städten einherging, so wurden die Slowenen im neuen südslawischen Staat eine der staatstragenden nationalen Gruppen, deren zahlenmäßige und nationale Verstärkung auch mithilfe der forcierten Deassimilierung einhergehen sollte. Demgegenüber waren im transleithanischen Teil der Monarchie die Schwaben in der Vojvodina (wie die Serben die Baranya, die Batschka und das Banat nannten) und in Slawonien sowohl vor als auch nach 1918 eine ethnische Minderheit. Im historischen Ungarn waren sie, vor allem ihre Gebildeten und die Arbeiterschaft in den Städten, der Magyarisierung ausgesetzt. Die Assimilation der Deutschen verlief schneller als bei anderen Minderheitengruppen. Weil die Deutschen im 18. Jahrhundert vor allem aus wirtschaftlichen Gründen aus ihrer alten Heimat ausgewandert waren, hielten sie das ökonomische Fortkommen in Ungarn für wichtiger als ihre nationale Identität. Etwa 80 Prozent von ihnen teilten außerdem mit der Mehrheit der staatstragenden Magyaren den gleichen katholischen Glauben. Das schwache Nationalbewusstsein, die gemeinsame Konfession, das ökonomisch orientierte Denken sowie die Industrialisierung und Urbanisierung förderten die Assimilation. In Kroatien verliefen ähnliche Prozesse in Richtung der Kroatisierung. Dort war die Assimilation sogar stärker, da die Deutschen in der Regel in Streusiedlungslage, also in ethnisch gemischten Dörfern lebten. Gab es in Ungarn wenige deutsche Schulen, so fehlten sie in Kroatien fast gänzlich. In dieser Hinsicht änderte sich bis in die zweite Hälfte der 1930er-Jahre nur wenig. So war die Kroatisierung der Deutschen in Slawonien weiter fortgeschritten als die Magyarisierung in der Batschka, geschweige denn im Banat. Es war somit kein Zufall, dass die politische Organisation der Schwaben Anfang des 20. Jahrhunderts gerade im Südbanat ihren Anfang nahm, dort, wo die Deutschen mit den nationalbewussten Serben und Rumänen zusammenlebten.

Die Gründung des südslawischen Staates war für alle Völker auf seinem Territorium eine einschneidende Wende. Wie oben angedeutet, brachte sie große Veränderungen für die Deutschen in Slowenien, aber noch größer waren die Auswirkungen auf die Schwaben. Denn 1918 wurden sie zwischen drei Staaten (Ungarn, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen) aufgeteilt, wodurch ihre Entwicklung unterschiedliche Wege einschlug. Der Erste Weltkrieg hob allerdings die traditionelle Isolierung der schwäbischen Dörfer auf, denn die schwäbischen Soldaten konnten gerade in den Schützengräben das Gefühl der sprachlich-ethnischen Zusammengehörigkeit erleben.

Laut den Bedingungen des Belgrader Waffenstillstandes vom 13. November 1918 zwischen der ungarischen Regierung und den serbisch-französischen Streitkräften wurde Südungarn durch serbische Truppen okkupiert. Die ortsansässigen Serben begannen nach Anweisungen der serbischen Regierung in Belgrad bereits vor der Friedenskonferenz, die ungarische Verwaltung durch ihre eigene zu ersetzen. Da die Serben – und die Südslawen überhaupt – in den besetzten Territorien meistens nur eine relative Mehrheit darstellten, waren sie im Vorfeld der Friedenskonferenz bemüht, die Schwaben für den neuen Staat zu gewinnen. In den meisten Fällen war dies kein einfaches Unternehmen, da die Mehrheit der südungarischen Schwaben ungarfreundliche Sympathien hegte. Die nationalbewusste Minderheit unter ihnen musste sich wiederum erst behaupten – ein Prozess, der sich bis zum Zweiten Weltkrieg hinzog. Die serbischen Behörden unterstützten anfangs die wenigen nationalbewussten und meist ungarfeindlichen Schwaben. In Temeswar (rum. Timișoara,

ung. Temesvár), wo auch ein deutscher Obergespan eingesetzt wurde, stellte die Belgrader Regierung sogar die Eröffnung einer deutschen Universität in Aussicht. Doch in den Entscheidungsprozess wurden die Vertreter der Schwaben nicht einbezogen – wie überhaupt die ethnisch-sprachlichen Minderheiten bei den diplomatischen Entscheidungen über die neuen Grenzen kein Mitspracherecht hatten bzw. dabei nicht angehört wurden.

Die neuen Siegerstaaten (darunter der südslawische), die mit der Losung einer Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker entstanden waren, konnten allerdings die Belange der alten oder neu entstandenen Minderheiten nicht ganz außer Acht lassen. Die Friedensordnung nach 1918 bedurfte der Stabilisierung auch durch die Befriedung der Minderheiten, da in den neu entstandenen Staaten die Zahl der Minderheiten in der Regel nicht weniger wurde, als sie in den Imperien vor 1918 gewesen war. Dieses Ziel sollte durch eine Minderheitenschutzkonvention als Bestandteil des Friedenssystems erreicht werden. Neben der Gleichberechtigung als bürgerliche Rechtssubjekte garantierten die Schutzverträge die Existenz von Minderheitenschulen, den freien Gebrauch der Muttersprache im Privatverkehr wie auch die Presse- und Vereinigungsfreiheit. Die 1920 gegründete internationale Organisation des Völkerbunds, der die Beilegung internationaler Konflikte, die internationale Abrüstung und ein System der kollektiven Sicherheit dauerhaft zu sichern hatte, sollte auch über die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge wachen. Dass dies notwendig war, zeigt auch das Beispiel des südslawischen Staates, der – ähnlich wie andere Länder – den Schutzvertrag Ende 1919 nur widerwillig unterschrieb und den Vertragsinhalt nur halbherzig einhielt. Eigene nationalpolitische Motive hatten nämlich im südslawischen Staat immer einen höheren Stellenwert als gesetzliche Verpflichtungen. Trotzdem, oder eben deshalb, gab es nur wenige Rechtsdokumente, die die Lage der Minderheiten regelten: Die Regierungen zogen es vor, bei der Behandlung der Minderheiten eine Politik der freien Hand anzuwenden.

Die Schwaben bekamen schon seit Anbeginn des neuen Staatswesens alle Facetten dieses Vorgehens zu spüren. Um ihre Unterstützung vor dem Friedensvertrag mit Ungarn in Trianon zu erhalten und sie von der Richtigkeit der Loslösung von Ungarn zu überzeugen, eröffneten die Behörden überall deutsche Schulen bzw. wandelten die ungarischen in deutsche Schulen um, nicht selten auch gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern, die ihre Kinder weiterhin in ungarische Schulen schicken wollten. Einige Vertreter der nationalbewussten schwäbischen Elite (Johann Keks, Georg Grassl, Stefan Kraft und Peter Heinrich) gründeten am 20. Juni 1920 in Neusatz (serb. Novi Sad, ung. Újvidék) den Schwäbisch-Deutschen Kulturbund – unterstützt durch einige Sloweniendeutsche – als Dachverband der deutschen Kulturvereine im neuen Staat. Die Aufgaben des Bundes wurden breit gefächert: Man wollte die Ausgabe deutschsprachiger Bücher, die Ausbildung deutscher Lehrer und Priester fördern, Schulen und Bibliotheken gründen und sich um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Schwaben kümmern. Diese Ziele überschritten allerdings die Möglichkeiten der dünnen deutschen Intelligenzschicht und waren mehr ein Ausdruck des Wunschdenkens, ganz im Sinne der These von Ernest Renan, wonach „eine Nation ein wunderschöner Plan für die Zukunft“ sei. Die eigentlich minderheitenfeindliche Politik der Behörden des südslawischen Staates beschränkte zusätzlich die Handlungsspielräume, um die Pläne des Kulturbundes in die Tat umzusetzen.

Wegen der unterschiedlichen Siedlungs- und Wirtschaftslage und aufgrund des durch die Behörden ausgeübten Drucks blieb der Schwerpunkt der Tätigkeit des Kulturbundes im ehemaligen Südungarn. Bis 1924 wurden 123 Ortsgruppen gegründet und nur eine außerhalb der Vojvodina. Im ehemals ungarischen Gebiet waren die Behörden aus politischem Kalkül und nicht aus Überzeugung etwas toleranter als in Kroatien oder in Slowenien. Weil die Behörden nach dem Friedensschluss gegenüber den Minderheiten allgemein viel weniger

entgegenkommend wurden, durchlebte der Kulturbund eine wechselvolle Geschichte, die politisch bedingt war. Die meisten Ortsgruppen des Kulturbundes (108) wurden bis 1922 gegründet. Dies spiegelte sowohl die Entwicklung des Nationalbewusstseins der Schwaben als auch die zunächst positive Einstellung der Behörden gegenüber den Belangen der Minderheiten wider. Dem Kulturbund gehörten nach wenigen Jahren etwa 55.000 Personen als Mitglieder an. Im April 1924 jedoch wurde der Kulturbund verboten, dessen Tätigkeit schon bis dahin von behördlichen Schikanen nicht ganz frei geblieben war. Der Grund dafür war, dass sich die Partei der Deutschen der Regierungsopposition im jugoslawischen Parlament angeschlossen hatte. Obwohl das Verbot im Oktober des gleichen Jahres wieder aufgehoben wurde, behinderten die Lokalbehörden die Tätigkeit des Bundes. Als die parlamentarische Koalition der Kroatischen Bauernpartei mit den serbischen „Radikalen“ zerbrach, wurde der Kulturbund im Januar 1927 wieder genehmigt. Nach der Einführung der Königsdiktatur 1929, als die Tätigkeit aller politischen, nationalen und ethnischen Parteien und Verbände untersagt wurden, wurde der Kulturbund erneut verboten. Die repressiven Maßnahmen haben das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in das neue Staatswesen so sehr erschüttert, dass in 64 Ortsgruppen nur 5.000 Mitglieder organisiert waren. Neue Genehmigungen zu deren Existenz wurden am 28. August 1930 bzw. am 14. April 1931 erteilt. Sie standen mit der Lockerung der Diktatur und mit dem Wunsch des königlichen Regimes in Verbindung, bessere Beziehungen zu Deutschland aufzubauen. Bis November 1933 konnte so die Zahl der Ortsgruppen 95 und die der Mitglieder 12.000 erreichen, was allerdings weit unter der Mitgliederzahl von 1924 lag.

In der Zwischenkriegszeit gingen aus dem Kulturbund weitere Fachverbände hervor, wie etwa der Landesverband der deutschen Akademiker (1926), der Sängerbund (1928) oder der Verband deutscher Volksbüchereien (1931). Der wichtigste unter den Verbänden war die bereits 1922 gegründete Vereinigung deutscher Genossenschaften, die Agraria. Sie sollte sich mit der Zeit verselbständigen und wurde der erfolgreichste Verband dieser Art im ganzen Land. Aus ihm gingen 1931 der Verband der Viehzüchtergenossenschaft Selctor und der Geflügelzüchterverband Avis hervor. Sie erhielten Unterstützung auch aus Deutschland und blieben – trotz zeitweiliger Rückschläge – feste Stützen der deutschen Bevölkerung in Jugoslawien. Sie hatten eine wirtschaftliche Bedeutung, die zwar von außenstehenden Betrachtern oft überschätzt wurde, doch spielten sie durchaus auch eine wichtige identitätsstiftende Rolle bei der Konstituierung der Deutschen in Jugoslawien als selbstbewusste nationale Minderheit.

Die enge Verflechtung von Kultur und Politik im Kulturbund wurde in den 1930er-Jahren offensichtlich. Seit den frühen 1930er-Jahren wurde der Kulturbund zu der Bühne, auf der die Auseinandersetzungen zwischen den „alten“, an Traditionen gebundenen Anführern der deutschen Minderheit und der „jungen“ – in vielen Fällen in Deutschland und Österreich ausgebildeten und mit dem NS-Gedankengut zurückgekehrten – Intelligenz ausgetragen wurde. Die Jungen bezichtigten die Alten der Korruption, der Ämterhäufung und der Ineffizienz, und die nicht zufriedenstellende Lage der deutschen Minderheit leitete zusätzlich Wasser auf ihre Mühlen. Obwohl der Kulturbund nur etwa zehn Prozent der deutschen Bevölkerung im Land umfasste, spaltete der innere Konflikt die ganze deutsche Gemeinschaft. Die Jungen organisierten sich ab Ende 1934 stärker, und nach dem Vorbild der Volksdeutschen in Rumänien bezeichneten sie sich als „Erneuerer“. Da sie im Staatsdienst keine Anstellung erhielten und von der Ämterakkumulierung in den Minderheitenorganisationen in wenigen

Händen frustriert waren, versuchten sie die Führung im Kulturbund an sich zu reißen. Dabei bedienten sie sich der NS-Parolen und vertraten nationalradikale und antisemitische Ideen. Dies führte im Oktober 1935 zu ihrem Ausschluss aus dem Kulturbund und zur Auflösung jener Jugendgruppen, die sie unterstützten. Damit wurde allerdings der Streit nicht beigelegt.

Beide Seiten, nationalkonservative „Alte“ wie radikale „Erneuerer“, suchten im Deutschen Reich Unterstützung für das Erreichen ihrer Ziele. Während die „Erneuerer“ vor allem bei der NSDAP Förderung und Hilfen erhielten, wurde die „offizielle“ Politik der Alten besonders durch das Auswärtige Amt gefördert. Diese Konstellation änderte sich erst 1938/39, als sich die Innen- und Außenpolitik des Hitler-Regimes im Vorfeld des geplanten Angriffskriegs auf Polen radikalisierte. Erst dann bekamen der NSDAP ideologisch näherstehende „Erneuerer“ die entscheidende Hilfe der Volksdeutschen Mittelstelle, die *de facto* unter Kontrolle der SS stand. Mit ihrer Unterstützung gelang es den „Erneuerern“, die Leitung des Kulturbundes zu übernehmen.

Während der Richtungskämpfe entstand im März 1936 die den „Erneuerern“ nahestehende Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung der Deutschen in Slawonien, angeführt von dem ehemaligen Kavallerieoffizier Branimir Altgeyer. Die Vereinigung entfachte einen Kampf um den bestimmenden Einfluss unter den stark kroatisierten Deutschen in Kroatien-Slawonien und spornte auf diese Weise auch den Kulturbund an, in diesem vernachlässigten Gebiet eine aktivere Tätigkeit zu entfalten. So entstand eine Reihe neuer Ortsgruppen, die der einen oder der anderen Fraktion angehörten. Das vielleicht wichtigste Ergebnis war das nationale „Erwachen“ der Deutschen in Slawonien. Doch unglücklicherweise geschah dies zu einer Zeit, als die Nationalsozialisten in Deutschland die deutschen Minderheiten in Europa zum Zweck ihrer aggressiven Machtpolitik zu instrumentalisieren suchten.

Als die „Erneuerer“ die Führung des Kulturbundes übernahmen, trachteten sie danach, die ganze deutsche Minderheit zu vereinigen und sie nach nationalsozialistischem Vorbild gleichzuschalten. Der neue Vorsitzende des Kulturbundes, Sepp Janko, nannte sich ab 1940 Volksgruppenführer, und die Organisation, die als kultureller Verband entstanden war, wurde nun – unter massiver Anwendung von Propaganda und gesellschaftlichem Druck, aber auch unter der Einwirkung der reichsdeutschen Politik sowie unter dem Eindruck der anfänglichen Siege Hitler-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg – zu einer von der NS-Politik inspirierten Volksgruppe. Der Kulturbund umfasste Anfang 1941 – wenigstens auf dem Papier – fast alle Jugoslawiendeutsche, und zwar sowohl im Zentralverband als auch in seinen zahlreichen Zweigorganisationen. Die Mitgliedschaft der Familienväter im Kulturbund bzw. in den einzelnen Zweigvereinen wurde automatisch auf die Familienmitglieder erweitert, sodass der Kulturbund eine beträchtliche Mitgliederzahl ausweisen konnte.

Je mehr die deutsche Minderheit zum Instrument von Hitlers Außenpolitik wurde, desto mehr wuchs das Misstrauen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Deutschen in Jugoslawien, was zwischen Mehrheit und Minderheit zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Märsche der uniformierten Mitglieder der deutschen Vereine, Hakenkreuze an den Fahnen und hetzerische Reden bei den Versammlungen riefen Missmut bei den Südslawen hervor. Streitigkeiten, Schlägereien und in deren Folge Verhaftungen wurden alltäglich. Die deutsche Minderheit wurde von vielen als „fünfte Kolonne“ Hitlers Deutschlands betrachtet, auch wenn sich viele Schwaben bemühten, ihre Loyalität gegenüber dem jugoslawischen Staat mit der gegenüber dem deutschen „Mutterland“ in Einklang zu bringen. Als das „Dritte Reich“ im April 1941 Jugoslawien angegriffen hatte, waren die Würfel gefallen. Die meisten Deutschen in Jugoslawien nahmen Partei für NS-Deutschland.

Ein wichtiges Medium, das das Leben und die Gesinnung der Deutschen in Jugoslawien und besonders der Schwaben widerspiegelte und wo auch ein Großteil der minderheitlichen Richtungskämpfe ausgetragen wurde, war die Presse. Sie hatte besonders in Südungarn eine lange und reiche Tradition. Neben mehreren Lokalblättern, die noch in der ungarischen Zeit gegründet worden waren, wurde 1919 in Neusatz das „Deutsche Volksblatt“ gegründet. Es wollte das Presseorgan aller Deutschen im Land sein, konnte sich aber vor allem im Hauptsiedlungsgebiet der Schwaben entfalten. Das „Volksblatt“ als Organ des Kulturbundes war bis in die 1930er-Jahren politisch neutral und staatsloyal. Da die Volksschulen in den meisten Fällen nur die rudimentäre Schreibkundigkeit in der Muttersprache erteilten, war das in 10.000–12.000 Exemplaren erscheinende Blatt bemüht, nicht nur das Nationalbewusstsein der Deutschen zu stärken, sondern ihnen auch die deutsche Hochsprache beizubringen. Ab den 1930er-Jahren machten sich jedoch auch im „Volksblatt“ allmählich nationalsozialistische und antisemitische Gedanken immer mehr bemerkbar – was teils durch die Entwicklung in Deutschland, teilweise durch die Konkurrenz zwischen „Alten“ und „Erneuerern“ verursacht wurde. 1931 bekam das Volksblatt eine „Volksvariante“ unter dem Namen „Deutsche Zeitung“. Sie erschien in einer Auflage von 3.000–3.500 Exemplaren, war in ihrem Sprachstil einfach und kostete auch zweimal weniger als das in Sprache und Gestaltung anspruchsvolle „Volksblatt“.

Das Hauptorgan der „Erneuerer“ war die 1932 in Pantschowa (serb. Pančevo, ung. Pancsova) im Südbanat vom örtlichen Zahnarzt Jakob Awender, einem Anführer der „Erneuerer“, gegründete „Pantschowaer Post“, ab 1934 unter dem Titel „Volksruf“. Das Motto der Zeitung war „Ehre, Blut und Boden“, das die Richtung des Blattes klar zum Ausdruck brachte. Im Unterschied zum „Deutschen Volksblatt“ war der in 5.000 Exemplaren erscheinende „Volksruf“ keine unabhängige, rein informative Zeitung, sondern ein regelrechtes Kampfblatt.

Ab Juni 1935 wurde auch das katholisch-ungarnfreundliche Wochenblatt „Die Donau“ in Apatin herausgegeben. Dieser Gegenpol zum „Volksruf“ erschien in 1.000 Exemplaren und wurde ab Januar 1936 vom Apatiner Pfarrer Adam Berencz herausgegeben. Unter seiner Leitung stellte das Blatt die größte Opposition gegen die nationalsozialistisch denkenden Schwaben dar und war somit ein Dorn im Auge der „Erneuerer“. Dank seiner Ungarnfreundlichkeit konnte das Blatt auch nach der Besetzung der Batschka durch Ungarn im April 1941 bis zur deutschen Okkupation Ungarns erscheinen. Beide Hauptrichtungen in der deutschen Minderheit – nationalkonservative und die nationalsozialistische – bedienten sich auch weiterer kleinerer Blätter, aber nach dem Sieg der „Erneuerer“ blieben nur die „Donau“ und das ebenfalls katholische Jugendblatt „Der Jugendruf“ die einzigen Blätter, die noch gegen die Nationalsozialisten Stellung nahmen.

Im Unterschied zur Presse, die zwar der staatlichen Zensur unterlag, aber der privaten Initiative und Förderung überlassen worden war, wurde das Schulwesen schon am 6. Juni 1920 verstaatlicht. Obwohl diese Maßnahme in erster Linie gegen die Kirchen gerichtet war, traf sie alle Minderheiten in elementarer Weise. Das offen erklärte Ziel des staatlichen Schulwesens war die staatliche und nationale Einheit des südslawischen Staates: Vor allem sollten sich die zwar stammesverwandten, aber sich kulturell und historisch getrennt entwickelt habenden südslawischen Völker verschmelzen, um ein homogenes Staatsvolk zu bilden. Den nationalen Minderheiten im ehemals ungarischen und im kroatischen Gebiet im Norden wurde wiederum Loyalität gegenüber dem neuen Staat und dem Herrscherhaus abverlangt, beim gleichzeitigen

Versuch, ihre nationale und kulturelle Identität zu schwächen. Die Schulbildung der albanischen wie der türkischen Minderheit im Süden dagegen wollte man überhaupt nicht fördern, um nicht ihr nationales Bewusstsein zu wecken bzw. zu stärken.

Das in der Minderheitenschutzkonvention verankerte Recht auf den Muttersprachenunterricht wurde nur in den nördlichen Landesteilen angewandt, wenn auch sehr restriktiv. Das bedeutete: Nur in den vierjährigen Grundschulen sollte in der Muttersprache unterrichtet werden. Tatsächlich existierten jedoch auch einige Klassenzüge an den Gymnasien und in den Bürgerschulen, wo in der Muttersprache unterrichtet wurde. Allerdings sollten die Schülerzahlen in diesen Klassen minimiert werden. Dabei wurde die berüchtigt gewordene Namensanalyse verwendet, wonach Kinder mit slawisch klingenden Namen die Klassen für Südslawen auch gegen den Willen der Eltern besuchen mussten. Erst ab 1. September 1930 konnten deutsche Eltern die Unterrichtssprache frei wählen. Eine gewisse Verbesserung trat Anfang der 1930er-Jahre ein, als die Deutsche Schulstiftung genehmigt wurde. Sie sollte auch eine private deutsche Lehrerbildungsanstalt unterhalten, die am 11. Oktober 1931 in Groß-Betschkerek (serb. Zrenjanin, ung. Nagybecskerek) im Banat eröffnet wurde. Obwohl privaten Charakters, kam sie in den Genuss staatlicher Zuschüsse. Zwei Jahre später zog die Anstalt nach Neu-Werbaß (serb. Novi Vrbas, ung. Újverbász) in der Batschka, wo sie zu einem Zentrum zur Verbreitung der NS-Ideologie wurde. Bis zum Zweiten Weltkrieg wurden dort 170 Lehrer ausgebildet, was den Mangel an deutschem Lehrpersonal nur teilweise milderte. Im Oktober 1933 wurde auch eine deutsche private Bürgerschule in Neu-Werbaß eröffnet – was eigentlich gegen das geltende Gesetz war, aber im Sinne der Annäherung Jugoslawiens an Deutschland möglich wurde. Trotz der Förderung dieser Bildungsanstalten hofften die Behörden, die Aktivität der Anstalten durch die Tatsache begrenzen zu können, dass beide Einrichtungen für die mehrheitlich katholischen Schwaben in einer von hauptsächlich evangelischen Deutschen bewohnten Stadt errichtet wurden.

Wenn die Zugeständnisse im Schulbereich aus dem Wunsch nach einer Annäherung an Deutschland hervorgingen, erfolgten weitere Zugeständnisse ab Ende der 1930er-Jahre durch die veränderte internationale Lage. Nach Österreichs Anschluss an das „Dritte Reich“ wurden das Reich und Jugoslawien zu Nachbarstaaten. 1940 kapitulierte Jugoslawiens traditioneller Bündnispartner Frankreich, was die jugoslawische Regierung in eine weitere Zwangslage brachte und zu Konzessionen bewog. Unter anderem wurden Gymnasien in Neu-Werbaß, Belgrad und Zagreb sowie das private Untergymnasium in Apatin eröffnet. Auch wurde eine Reihe neuer Grundschulklassen, besonders in Slawonien und in Syrmien, eröffnet. Auf diese Weise wurde die Lage der deutschen Minderheit und besonders der Donauschwaben im schulischen Bereich besser als bei allen anderen nationalen Minderheiten. Das war allerdings ein Ergebnis, das die Jugoslawiendeutschen ohne die vom Hitler-Deutschland ausgeübte Schutzmacht nie hätten erreichen können.

Die politische Vertretung der Deutschen im Parlament bestand zwischen 1922 und 1929 in Gestalt der Partei der Deutschen. Sie wurde noch vor dem Auslaufen der Frist für die Option gegründet, die in den Friedensverträgen verankert worden war. Bis dahin hatten die Angehörigen einer nationalen Minderheit in den nördlichen Landsteilen das Recht, sich zu entscheiden, welche Staatsangehörigkeit sie annehmen wollen: die des neuen Staates, in dem sie lebten, oder die jenes Staates (Österreich und Ungarn), von dem sie abgetrennt wurden. Bis zum Auslaufen der Optionsfrist hatten Angehörige der nationalen Minderheiten kein Wahlrecht, sodass sie an den Wahlen für das verfassungsgebende Parlament nicht teilnehmen konnten. Ihre Vertreter konnten also nicht über die Verfassung des neuen Staates mitentscheiden. Die politisch aktiven Vertreter der Minderheiten in diesen Gebieten wollten

sich jedoch engagieren und das politische Leben zugunsten ihrer Minderheiten beeinflussen. Deshalb gründeten sie eigene Parteien.

Zum feierlichen Gründungsakt der Deutschen Partei kam es am 17. Dezember 1922 in Hatzfeld (rum. Jimbolia, ung. Zsombolya). Sie trat für allgemeine liberale Werte ein und vertrat die spezifischen Interessen der Deutschen. Wie der Kulturbund, hatte sie ihren Schwerpunkt in den donauschwäbischen Gebieten. Dies hatte nicht nur mit der Dichte der deutschen Bevölkerung dort zu tun, sondern auch mit der Wirtschaftslage der Schwaben und nicht zuletzt auch mit der Einstellung der Behörden. Obwohl das Ziel die Repräsentanz aller Deutschen war, konnte die Partei wegen der Schikanen der Behörden, des unentwickelten Nationalbewusstseins und des Opportunismus der donauschwäbischen Wähler nur einen Teil der deutschen Stimmen auf sich ziehen. Bei den Wahlen im Jahre 1923 erreichte sie acht Abgeordnetensitze, 1925 fünf und 1927 sechs Mandate. Gewöhnlich wählten die deutschen Abgeordneten Vertreter der Regierungspartei in der Hoffnung, auf diese Weise Zugeständnisse für ihre Minderheit zu erhalten. Diese Rechnung ging in der Regel nicht auf, weil ihre Stimmen kein Gewicht aus Sicht der Regierungsmehrheit hatten. Eine Alternative gab es jedoch nicht. Ein Zusammengehen mit Parteien anderer Minderheiten erwies sich als unmöglich: Die ungarische Partei stand während der ganzen Zeit unter dem Verdacht des Irredentismus, die rumänische war ewig zerstritten und zu klein und die ziemlich große albanisch-türkische Partei, die Cemiyet, wurde 1924 unter dem Druck der Behörden praktisch zerrieben. Die südslawischen oppositionellen Parteien verfolgten wiederum ganz unterschiedliche Ziele und waren außerdem ebenso minderheitenfeindlich gesinnt wie die regierenden Parteien. Solange sie in der Opposition waren, konnten sie außerdem noch weniger für die Deutschen tun als die Regierungsparteien. Und auch Letztere haben für die deutsche Minderheit sehr wenig getan: Die Erfolge der deutschen Abgeordneten resultierten nicht aus einer konsequenten Minderheitenpolitik der Regierungen, sondern lediglich aus den außenpolitischen Strategien Jugoslawiens.

Die Frage der deutschen Minderheit spielte in der jugoslawischen Außenpolitik niemals eine wichtige Rolle. Die Regierungen in Belgrad waren äußerst unwillig, bilaterale Minderheitenabkommen mit den Nachbarländern einzugehen, da sie große Angst vor Präzedenzfällen hatten. Während die Beziehungen zu den Nachbarländern nicht besonders gut waren, so entwickelten sich die Beziehungen zu Deutschland besser. Die jugoslawischen Regierungen, die ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland verbessern wollten, um neue Märkte während der Weltwirtschaftskrise zu eröffnen, machten deshalb einige Zugeständnisse für die deutsche Minderheit, besonders im Schulbereich. Doch die Zugeständnisse entsprachen nicht den Wünschen der mittlerweile selbstbewussteren Jugoslawiendeutschen. Sie blieben die ganze Zwischenkriegszeit hindurch Bürger zweiter Klasse, auch wenn ihre Lage in den einzelnen Landesteilen unterschiedlich war. So ging es den Schwaben in der Vojvodina wesentlich besser als den Deutschen in Kroatien-Slawonien und vor allem in Bosnien und Slowenien. Die berechtigte Unzufriedenheit mit den jugoslawischen Verhältnissen trieb jedoch die meisten Deutschen NS-Deutschland in die Arme, denn von dort erwarteten sie eine Verbesserung ihrer Lage. Die Tragik der Jugoslawiendeutschen besteht darin, dass sie sich gerade in einer gefährlichen Zeit zu einer selbstbewussten nationalen Minderheit entwickelten, als die demokratischen Mechanismen nicht wirkten, die Toleranz gegenüber den Minderheiten lediglich eine auf dem Papier blieb und die Deutschen europaweit zum Spielball der Außenpolitik sowohl in ihren Ländern als auch im Mutterland

selbst wurden. Dies hatte tragische Folgen für die deutsche Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Verwendete Literatur

Annabring, Matthias: Volksgeschichte der Donauschwaben in Jugoslawien. Stuttgart 1955.

Antolović, Mihael: Nemačka manjina u Vojvodini (1918–1941). Društvo i politika [Die deutsche Minderheit in der Vojvodina (1918–1941). Gesellschaft und Politik]. Sombor 2017.

Bešlin, Branko: Vesnik tragedije. Nemačka štampa u Vojvodini (1933–1941) [Ein Bote der Tragödie. Das deutsche Lager in der Vojvodina (1933–1941)]. Novi Sad/Sremski Karlovci 2001.

Bethke, Carl: Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und in der Vojvodina 1918–1941. Identitätsentwürfe und ethнопolitische Mobilisierung. Wiesbaden 2009.

Biber, Dušan: Nacizem in Nemci v Jugoslaviji 1933–1941 [Der Nationalsozialismus und die Deutschen in Jugoslawien 1933–1941]. Ljubljana 1966.

Geiger, Vladimir: Nijemci u Đakovu i Đakovštini [Deutsche in Đakovo und in der Region Đakovo]. Zagreb 2001.

Gligorijević, Branislav: O nastavi na jezicima narodnosti u Vojvodini 1919–1929 [Über die Angleichung der Sprachen der Nationalitäten in der Vojvodina 1919–1929]. In: Zbornik Matice srpske za istoriju (1972), H. 5, 55–84.

Höpfner, Hans-Paul: Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik. Frankfurt a. M./Bonn 1983.

Janjetović, Zoran: Deca careva, pastorčad kraljeva. Nacionalne manjine u Jugoslaviji 1918-1941 [Das Stiefkind des Königs. Nationale Minderheiten in Jugoslawien 1918–1941]. Belgrad 2005.

Ders.: Nemci u Vojvodini [Deutsche in der Vojvodina]. Belgrad 2009.

Ders.: The Question of the Volksdeutsche in Yugoslav-German Relations between the World Wars. In: Ciobanu, Veniamin (Hg.): East-Central Europe and the Great Power Politics (19th–20th Centuries). Iași 2004, 321–337.

Ders.: O nacifikaciji vojvođanskih Švaba [Zur Nazifizierung der Schwaben in der Vojvodina]. In: Tokovi istorije 107 (1999), H. 1–4, 240–260.

Ders.: Deutsche Parlamentarier im SHS Staat. In: Conrad, Benjamin/Maner, Hans Christian/Kusber, Jan (Hg.): Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit. Berlin 2015, 243–255.

Manz, Alfred: Adam Berenz und seine Zeitung „Die Donau“. Ein Widerstand gegen nationalsozialistische Einflüsse in der Batschka 1935–1944. Fünfkirchen 2016.

Mirnić, Josip: Nemci u Bačkoj u Drugom svetskom ratu [Die Deutschen in der Batschka im Zweiten Weltkrieg]. Novi Sad 1974.

Oberkersch, Valentin: Die Deutschen in Syrmien, Slawonien, Kroatien und Bosnien. Geschichte einer deutschen Volksgruppe. Stuttgart 1989.

Omerović, Enes: Nacionalne manjine u Bosni i Hercegovini (1918–1941) [Die nationalen Minderheiten in Bosnien und Herzegowina (1918–1941)]. Sarajevo 2019.

Plautz, Oskar: Das Werden der deutschen Volksgemeinschaft in Südslawien. Novi Sad 1940.

Rasimus, Hans: Als Fremde im Vaterland. Der Schwäbisch-Deutsche Kulturbund und die ehemalige deutsche Volksgruppe in Jugoslawien im Spiegel der Presse. München 1989.

Robionek, Bernd: Ethnische Ökonomie im politischen Spannungsfeld. Das deutsche Genossenschaftswesen in der Vojvodina (1922–1941). Hamburg 2019.

Sattler, Wilhelm: Die deutsche Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien. Ein Buch von Deutschen in Slawonien, Syrmien und Bosnien. Graz 1943.

Schieder, Theodor (Bearb.): Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Nachdruck (1961). München 2004.

Seewann, Gerhard/Portmann, Michael: Donauschwaben. Deutsche Siedler in Südosteuropa. Potsdam 2018.

Senz, Josef Volkmar: Das Schulwesen der Donauschwaben in Jugoslawien. München 1969.

Suppan, Arnold: Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld. München/Wien 1996.

Ders.: Zur Lage der Deutschen in Slowenien zwischen 1918 und 1938. In: Ders./Rumpler, Helmut (Hg.): Geschichte der Deutschen im Bereich des heutigen Slowenien 1848–1941/Zgodovina Nemcev na območju današnje Slovenije 1848–1941. Wien/München 1988, 171–240.

Wutte, Martin/Lobmeyr-Hohenleiten, Oskar: Die Lage der Minderheiten in Kärnten und Slowenien. Klagenfurt 1926.

Zoran Janjetović, Dr. habil.

Historiker, Mitarbeiter am Institut für Neuere Geschichte Serbiens in Belgrad. Zu seinem Arbeitsgebiet gehören die nationalen Minderheiten im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere die Jugoslawiendeutschen sowie die Sozial- und Diplomatiegeschichte Serbiens und Jugoslawiens während und nach dem Zweiten Weltkrieg.